



**Kleine Anfrage von Philip C. Brunner, Gregor Bruhin und Adrian Risi
betreffend Informatikprojekt der Stadt Zug gemeinsam mit den Zuger Gemeinden bzw.
der Gemeindepräsidenten-Konferenz**
(Vorlage Nr. 3809.1 - 17869)

Antwort des Regierungsrats
vom 4. Oktober 2024
(Zirkularbeschluss)

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 20. September 2024 reichten Philip C. Brunner, Gregor Bruhin und Adrian Risi eine kleine Anfrage betreffend Informatikprojekt der Stadt Zug gemeinsam mit den Zuger Gemeinden beziehungsweise der Gemeindepräsidenten-Konferenz ein.

Der Regierungsrat beantwortet die gestellten Fragen wie folgt:

- 1. Plant der Regierungsrat wirklich die Integration des Amtes für Informatik und Organisation (AIO) in die neue Firma? Wenn Ja, per wann wird mit dieser Auslagerung gerechnet? Wenn Nein, wie kommt der Stadtrat von Zug zu dieser Aussage? Zieht der Regierungsrat überhaupt eine finanzielle Beteiligung und damit Mitsprache beim Projekt «Zugkunft» in Betracht und beteiligt sich dann finanziell, z. B. mit Dienstleistungen und dem grossen «Know-How» des AIO, an diesem Projekt? Wie muss man sich die Zusammenarbeit zwischen AIO und der IT Services Zug AG vorstellen? Wie muss man sich die Zukunft von IGI Zug aus Sicht des Kantons vorstellen? <https://www.igizug.ch/>**

Das AIO und die Informatikabteilung der Stadt Zug arbeiten in verschiedenen Bereichen eng zusammen und haben auch gemeinsam Lösungen eingeführt. Das AIO wurde im Rahmen der Vorstudie zu diesem Projekt miteinbezogen. In der Vorstudie wurden Ziele, Eckpunkte, Organisation und Vorgehensweise einer Auslagerung der Informatikabteilungen geprüft.

Aufgrund der Ergebnisse der Vorstudie hatte die Stadt Zug entschieden, das Projekt «Zugkunft» zu starten. Die Finanzdirektion wurde von der Stadt Zug angefragt, im Projekt mitzuwirken, das heisst die erste Etappe inhaltlich zu begleiten und mitzusteuern. Dies mit dem Ziel, die Basis für eine mögliche zukünftige Beteiligung des Kantons Zug sowie die Integration des AIO in die ausgelagerte Unternehmung in einer zweiten Etappe zu legen.

Der Regierungsrat hat die Fragestellung auf Antrag der Finanzdirektion eingehend erörtert und entschieden, von einer Mitwirkung im Projekt «Zugkunft» abzusehen. Der Entscheid des Regierungsrats wurde dem Stadtrat von Zug Ende Februar 2024 mitgeteilt. Dessen ungeachtet ist der Regierungsrat ohne Präjudiz daran interessiert, nach Abschluss des Projekts «Zugkunft» das Gespräch bezüglich Schaffung einer gemeinsamen Organisation für Dienstleistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie aufzunehmen und zu prüfen. Eine Integration des AIO in eine neue Firma ist zum heutigen Zeitpunkt folglich nicht geplant.

Mit der Grundsatzvereinbarung zur Zusammenarbeit im Informatikbereich besteht eine Grundlage für die Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton Zug und den Einwohnergemeinden über die Beschaffung, den Betrieb, den Unterhalt von Informatikmitteln und die Erbringung von

Services und weiteren Leistungen in der Informatik. Diese Vereinbarungen werden im Hinblick auf die Neuorganisation der Informatik der Stadt Zug in eine selbstständige Betriebsorganisation überprüft und angepasst werden müssen. Der Regierungsrat strebt eine Weiterführung der bereits heute engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit den Zuger Gemeinden in der Informatik an. Bezüglich Zukunft der IGI Zug kann keine Aussage gemacht werden. Es handelt sich um eine Organisation der Zuger Gemeinden.

2. **Wie muss man sich die, Zitat: «Abstimmung» zwischen Finanzdirektion und Gemeinden genau vorstellen? Offenbar wurde bis heute gar keine öffentlich bekannte Vernehmlassung zu diesem Projekt durchgeführt. Gibt es eine schriftliche und formelle Stellungnahme des Regierungsrates bzw. des Regierungsrates gegenüber der GPK, (Gemeindepräsidenten Konferenz) oder einen öffentlich publizierten Regierungsratsbeschluss dazu? <https://rrb.zg.ch/?pageSize=100&page=1>**

Der Regierungsrat hat an seiner Sitzung vom 20. Februar 2024 über die Mitwirkung im Projekt «Zugkunft» der Stadt Zug befunden. Der Beschluss ist nicht öffentlich. Im Weiteren siehe Antwort zu Frage 1.

3. **Wie beurteilt der Regierungsrat aus eigener Erfahrung das Projekt, die Informatik der Gemeinden in einer selbständigen Organisation «IT Services Zug AG» zu bündeln und einer Aktiengesellschaft öffentlich-rechtlichen Rechtes als Dienstleister zu übertragen?**

Allgemein führen die Veränderungen in den Bereichen Informations- und Kommunikationstechnologie zu einer Zunahme der Komplexität und werden von immer schneller werdenden Dynamiken geprägt. Zwar haben diese nicht immer eine unmittelbare Auswirkung auf das kantonale und kommunale Umfeld zur Folge. Trotzdem gibt es verschiedene Aspekte, die eine direkte Implikation haben oder haben können. Im Wesentlichen besteht die Herausforderung auch darin, Nutzenpotenziale abzuschätzen und die Risikomitigierung durch Synergieeffekte in der weiteren Bündelung, Professionalisierung und organisatorischen Aufstellung umzusetzen. Die Zunahme der Komplexität der technologischen Entwicklungen, deren Interoperabilität und Abhängigkeiten haben auch eine stetig steigende Auswirkung auf die jeweiligen Verwaltungen. So müssen die technologischen Entwicklungen erkannt, deren Implikationen auf die bestehende Infrastruktur- und Applikationslandschaft validiert und der ideale Zeitpunkt des Umstiegs oder Einsatzes entschieden werden, beispielsweise Cloudlösungen oder der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI). Dazu kommen rechtliche Anforderungen hinsichtlich Datenschutz sowie die Herausforderung bezüglich Cyber Sicherheit. Nicht zuletzt stellt der Fachkräftemangel eine Herausforderung dar. Es wird immer schwieriger Personal mit Spezialkompetenzen zu rekrutieren.

Wie bei der Stadt Zug stellen sich auch beim AIO analoge bzw. vergleichbare Herausforderungen. Mit der Professionalisierung der IT-Dienstleistungen, der damit verbundenen Betriebs- und Sicherheitsanforderungen sowie deren Ausbau und Bereitstellung wuchs in den vergangenen Jahren kontinuierlich die Nachfrage und der Bedarf, die IT-Infrastrukturen auszubauen beziehungsweise weiterzuentwickeln.

Der Regierungsrat erkennt gemeinsame Interessen der Gemeinden, insbesondere der Stadt Zug, und dem Kanton Zug bezüglich einer Zusammenarbeit im IT-Bereich, welche Synergien nutzen sowie Risiken und Kosten reduzieren würden. Das Projekt «Zugkunft» kann geeignet

sein, die dringendsten Handlungsfelder der Stadt Zug und der mit ihr auf IT-Ebene verbundenen Gemeinden anzugehen.

Die Vision einer gemeinsamen Organisation von Kanton und Gemeinden für Dienstleistungen der Informations- und Kommunikationstechnologie ist aus Sicht des Regierungsrats grundsätzlich prüfenswert, kann aber zu einem späteren Zeitpunkt weiterverfolgt werden. Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 erwähnt, soll nach Abschluss des Projekts «Zugkunft» das Gespräch mit der Stadt Zug aufgenommen werden. Die Finanzdirektion ist entsprechend mit dem Dossier beauftragt.

Regierungsratsbeschluss vom 4. Oktober 2024 (Zirkularbeschluss)